

Vossische



Zeitung

10 Pfennig

Gezeichnet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Mit Kurzzettel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Verlagen, Erscheinungsweise ufm. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag: Ullstein, Chefredakteur: I. v. Julia Eiba.
Verantw. f. d. Gesamtlabl auf: Handelsrat: I. v. Karl-Wolfgang Philipp, Berlin. Für Rückk. unverl. Manusk. ist Porto beizufügen.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Parasproch-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff (A 7) 3600-3605, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3608-3609. Telegramm-Adresse: Ullsteinlau, Berlin. Postcheckkonto Berlin 660.

Agrarfrage und Reparationen

Keine Weltwirtschaftsgefundung — ohne Liquidation der Kriegsschulden

Prof. Sering spricht in Amerika

New York, 19. August | Ullstein-Nachrichtendienst

Die amerikanischen Zeitungen bringen in großer Aufmachung das Referat, das der berühmte Berliner Nationalökonom und emeritierte Universitätsprofessor Dr. Max Sering auf der Internationalen Konferenz landwirtschaftlicher Sachverständiger in der Cornell-Universität gehalten hat.

Professor Sering beschränkte die Agrarfrage als nur einen Teil der internationalen wirtschaftlichen Depression. Sie könne wie diese nur durch internationale Zusammenarbeit behoben werden. In den Rahmen dieser Zusammenarbeit gehören aber auch die Behebung der Beschäftigtenlosen Reparationen und die Erreichung der allierten Schulden an Amerika. Nur durch Lösung aller aus dem Weltkrieg zurückgebliebenen internationalen Finanzfragen und der durch diese Lösung möglich werdenden Beschlagnahmen der ungenutzten Eisenbahnen in allen Ländern könne der Raubbau der Welt wieder gehoben werden. Und nur dadurch könne der Produktionsmangel in allen Ländern wieder in voller Stärke einleiten, die Arbeitslosigkeit beseitigt und das wirtschaftliche Gleichgewicht in der Welt wiederhergestellt werden. Dann werde sich die Handelswirtschaft wieder selbst lösen.

Auch die Vereinigten Staaten, auch Amerika als Ganzes, sehen nicht unter eigenen Wirtschaftsfragen und können den Folgen einer wirtschaftlich desorganisierten und verarmten Welt nicht entkommen. Gerade der Niedrigstand an Bodenfruchtbarkeit und die Fülle der Produktion bedürfen des Auslandsmarktes für die im Lande nicht unterzubringenden Überschüsse. Mehr noch als irgendwo anderes Land seien daher die Vereinigten Staaten vom internationalen Handel und seinen Abhängigkeiten abhängig.

Auf das rein politische Gebiet übergehend, griff Sering Friends Panacea-Plan an, um vor der Gefahr, die alle Zeiten die gegenwärtige politische Situation festhalten, anstatt die Hindernisse für Europas wirtschaftlichen Fortschritt zu beseitigen. Sering gab der Überzeugung Ausdruck, daß die Bestimmung des Young-Plans, wonach eine Herabsetzung der Zelleitung beantragt werden kann, wenn der Goldwert steigt, sehr bald angewendet werden müßte. Angesichts der Wirtschaftslage Deutschlands ist eine Herabsetzung der Zelleitung unermittelbar. Die Herabsetzung auf eine Herabsetzung könne aber nur erhoben werden, wenn Amerika bereit sei, die allierten Schulden zu ermäßigen oder zu annullieren.

Sollte die gegenwärtige Situation unverändert fortbestehen, so sei jede Hoffnung auf eine Erholung Europas verloren, und die Lage in Europa werde sich notwendig auch weiter in der Situation der amerikanischen Agrar- und Industriewirtschaft wieder spiegeln.

Spaniens Finanzminister zurückgetreten

Madrid, 19. August | Ullstein-Nachrichtendienst

Der Finanzminister im Kabinett des Generals Berenguer, Sr. Gualles, ist zurückgetreten.

Seine Popularität wird auch der Vorfall sein, daß der Abgeordnete Gallo hat eine allgemeine Verhaftung im ganzen Land gegen den Finanzminister hervorgerufen, dem vorgeworfen wird, daß er dem für die spanische Wirtschaft katastrophalen Einlen der

Währung unnützlich zusehe. Der Premierminister General Berenguer und der Finanzminister waren über das Wobehende beim König in seiner Sommerresidenz Santander zu einer Konferenz, von der allgemein behauptet wurde, daß sie sich mit der immer dringender werdenden Frage der Währungsstabilisierung beschäft. Auf die gestrige Nacht der beiden Minister erfolgte heute die Veröffentlichung des Mitteilungsbriefes 'Argues'.

Emmerich-Reliquien aus Aachen

Budapest, 19. August | Ullstein-Nachrichtendienst

Zur Teilnahme an der St. Emmerich-Feier trat heute der Bischof von Aachen, Dr. Josef Sträter, hier ein. Er brachte die St. Emmerich-Reliquien aus der ungarischen Kapelle des Adliger Doms mit, die der letzte ungarische Anjou, Ludwig der Rote, der Schwiegerbruder Kaiser Sigismunds, dem Magyaren Dom gestiftet hat. Die Reliquien werden während der St. Emmerich-Woche in der St. Stefan-Basilika ausgestellt werden.

Anlässlich des hundertjährigen Geburtsjahres Kaiser Franz Josephs erlebte der Prinz von Ungarn, Karolich Szász, in der Reichstagssitzung eine Debatte, an der sämtliche Mitglieder der Regierung, verschiedene Abgeordnete, die hohe Beamtenliste und das Offizierskorps, Vertreter des Parlaments und der Bundesrat teilnahmen.

Der Reichstag soll kleiner werden

Das Reichskabinett ist heute vormittag zusammengesessen, um über die Reichsfinanzreform und die Wahlreform zu beraten. Bei der Reichsfinanzreform handelt es sich um die Aufhebung von Abgaben, die in den nächsten Wochen weiter ausgearbeitet werden sollen. Für die Wahlreform liegt, wie gemeldet, bereits ein Gesetzentwurf vor, dessen wichtigste Bestimmung die Verkleinerung des Reichstages sein soll.

Sehr populär wird auch der Vorfall sein, daß die Zahl der Abgeordneten wesentlich zu verringern. Man will die Zahl der Stimmen, die zu einem Mandat erforderlich sind, von 60 000 auf 70 000 erhöhen. Dadurch würde der Reichstag bei gleicher Wahlbeteiligung 50 oder 60 Abgeordnete weniger zählen als bisher. Die Zahl der Wahlkreise soll von 35 auf 182 vermehrt werden, die in 32 Wahlverbände zusammengefasst werden. Die 32 Wahlverbände sollen jeweils auf 12 Mandatgruppen aufgeteilt werden. Die durchschnittliche Einwohnerzahl der Wahlkreise wird 385 000 betragen, was ungefähr 250 000 Stimmberechtigten entspricht. Die Verkleinerung der Wahlkreise soll eine engere Verbindung zwischen Abgeordneten und Wählern ermöglichen. Dies ist auch die Bestimmung, doch nicht nur Parteien, sondern auch Einzelpersonen sich um ein Mandat bewerben können.

Da die Verfassung das Verhältniswahlrecht vorschreibt, erfolgt an Stelle der Reichstagsliste die Berechnung der Reichstimmen zunächst innerhalb der Wahlkreiseverbände und dann innerhalb der geplanten 12 Mandatgruppen. Der bisherige amtliche Stimmzettel soll wegfallen.

Auf eine Herabsetzung des Wahlalters wurde, wie bereits erwähnt, verzichtet, weil es auschließlich ergeben, daß eine Herabsetzung nicht anfangen würde. Dieser Beschluß besagt nicht, daß die Herabsetzung der Jugend befähigt, als wahlberechtigt gilt. Aber die Regierung will sich damit abfinden, am wenigstens das an diesem Durchgehen, was erreichbar erscheint.

Briefe, denen Marienbad schlecht bekommt

Prag, 19. August | Ullstein-Nachrichtendienst

Seit langer Zeit gab es in Marienbad Beschwerden über die Nichtzustellung eingehender und gewöhnlicher Briefe, die Beschwerden enthielten. Schließlich nahmen sich die Postbeamten selbst der Sache an und stellten dem Postbüro eine Fülle. Das überraschende Ergebnis war, daß als Täter nur der Vorstand des Marienbader Postamts, Oberstelegrafent Schmitz, in Betracht kommen kann. Der Schaden, den er im Laufe der neun Jahre, die er beim Marienbader Postamt tätig ist, verursacht hat, beträgt, gering geschätzt, viele Hunderttausende, da er an einem einzigen Tage von 30 Briefen, die die Postbeamten, vermerkt hatten, die Beschwerden zu enthalten sollten, neun entwendet hat.

Lardieu will nach Genf

Paris, 19. August | Ullstein-Nachrichtendienst

Einer Information der 'Republique' zufolge, die das Wort aus eingeworfener Quelle zu haben erklärt, wird Lardieu in diesem Jahre persönlich die Führung der französischen Botschaftsdelegation für die Erstfassung in Genf übernehmen.

Er wurde außer den Ministern Briand und Maginot noch den Abgeordneten des Senats Perron als Hauptabgeordneter an Seite haben. Die Delegation werde vorläufig durch die vorherigen Delegierten Perron und Gerot sowie durch den Vorsitzenden der Armeekommission der Kammer, Fabry, und die rechtsstehenden Abgeordneten Gignoux und Coustier, die letzteren von der Kammer als Beistandspostler für den Young-Plan benannt worden waren.

Der Senator Rabreau und der Decker Fabry, die Lardieu persönlich nach Genf einschleusen haben soll, haben bereits erklärt, nämlich zum Teil des parlamentarischen Blo national, französisch aus dem Botschaftsverband zurücktreten.

Das Land streift

Schwierige Unterbringung der russischen Anleihe

Moskau, 19. August | Ullstein-Nachrichtendienst

Trotz einer ungewöhnlich intensiven Propaganda bleibt das bisherige Ergebnis der Anfang Juli aufgetreten innerussischen Anleihe zur Finanzierung der Fünfjahrplanaufgaben weit hinter den Erwartungen zurück.

Die Anleihe, die den Titel trägt 'Fünfjahrplan in vier Jahren', hat gegenüber allen früheren Anleihen den großen Nachteil, daß die Obligationen nur in Vorauszahlungen unter großen Schwierigkeiten verfügbar sind. Die Anleihe war zu dieser Zeit in Moskau, Petersburg, und in den letzten Monaten Anleihen — unter moralischen Zwängen glänzend gezeichnet — in so kurzer Zeit und in so großem Umfang wieder abgekauft worden, daß der Zweck (für bestimmte Teile bestimmte Summen der Später als Anleihekapital verfügbar zu haben) illusorisch zu werden beginnt.

Bei der jetzigen Anleihe hat man mit dem 'Entstausen der Anleihen' (so nennen es die Behörden) bzw. mit der Gültigkeit des moralischen Zwangs durch Gewerkschaften, Betriebsräte, Parteien usw. (so nennen es die Statistiker) trotz der Willkür gegenüber den Anleihebesitzern in fast gänzlicher, doch man die Lösung ausweg, die müßte im ersten Zahlungsmoment — bis 15. August — realisiert sein. Und das ist nicht gelungen; es ist nicht einmal zur Hälfte gelungen. Selbstverständlich besagt das

für das Endergebnis der Anleihe nichts; die für die ersten zwei Jahre vorgesehenen 800 Millionen werden sicher aufgebracht werden. Dennoch ist der Teil-Wahlkreis, die Anleihe, doch im ersten Zahlungsmoment fast 400 nur knapp 132 Millionen gezeichnet worden, bezugsfähig für die Schuldlosen, mit denen man dies zu kämpfen hat. Das magere Ergebnis hat jetzt zu Schwierigkeiten geführt, die egalitäre und 'aufbauende' Arbeit erheblich zu verfrachten, vor allem auf dem flachen Lande, wohin die Gewerkschaften in Hilfe bewährte Arbeiter als Sonderkategorien entlassen sollen.

Das jetzige Teilergebnis der Anleihe zeigt, wie unmittelbar — trotz der Theorie der 'Freiwilligkeit' — das Zeichnungsergebnis von der Möglichkeit organisatorischen Einwirkens (die Gewerkschaften) bestimmt ist, daß die Mitglieder einen Monatslohn zeichnen — und jeder fähigst möglichem folgen, wenn er sich nicht fähig) abhängig: in den Zentren der organisierten Arbeiter- und Angestellten (Moskau, Leningrad) ist das Ergebnis durchaus gut; in den übrigen Bezirken (Stadt und Land gemischt) ist das Soll nur zu behebals 40 v. S., teilweise nur zu 30 v. S. erreicht. Dabei haben überall die Arbeiter und Angestellten 35 bis 30 v. S. der planmäßigen Summen gezeichnet, die sonstige Bevölkerung nur 7 bis 12 v. S. Die Bauern — auch die Kollektivbauern! — aber nur 2 bis 3 v. S. der von ihnen erwarteten Summen!